



Interviews

Datum: 12. Juli 2026

Volker Finthammer im Gespräch mit Tino Chrupalla, Ko-Parteivorsitzender AfD; Ko-Fraktionsvorsitzender im Dt. Bundestag

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Finthammer: Heute mit Volker Finthammer am Mikrofon, und hier im Deutschlandfunk Hauptstadtstudio begrüße ich Tino Chrupalla, den Co-Parteivorsitzenden der Alternative für Deutschland. Guten Tag, Herr Chrupalla.

Chrupalla: Guten Tag, Herr Finthammer.

Finthammer: Schön, dass Sie sich die Zeit nehmen für uns. Wir sprechen nämlich hier am Donnerstagnachmittag miteinander, kurz vor der Sommerpause des Deutschen Bundestages. Und wir wissen bei einigen Punkten noch nicht, wie diese Woche ausgehen wird, beispielsweise bei der Reform der gesetzlichen Krankenkassen, wo ja auch Ihre Partei Einspruch gegen das schnelle Verfahren erhoben hat. Aber das steht bei uns jetzt auch nicht unmittelbar im Fokus, denn ich muss ohnehin mit meinen Fragen am vergangenen Wochenende beginnen, am vergangenen Samstag. Da wurden Sie, Herr Chrupalla, mit 70 Prozent der Stimmen erneut für weitere zwei Jahre als Bundessprecher der AfD gewählt, neben Alice Weidel, die diesmal aber besser abgeschnitten hat als Sie. Gewählt ist gewählt. Das steht außer Frage. Das haben Sie auch gleich betont. Und manch ein Parteivorsitzender von Union und SPD hatte auch schon schlechtere Ergebnisse. Aber was sind denn in Ihrer Wahrnehmung die Gründe für dieses schlechte Ergebnis?

Chrupalla: Gut, Sie haben es jetzt gerade gesagt, weitaus schlechtere Ergebnisse. Also ich sehe 70 Prozent nicht als schlechtes Ergebnis. Es ist ausbaufähig, keine Frage. Ich bin mittlerweile das vierte Mal als Parteivorsitzender angetreten. Und bei diesen vier Wahlen ist es mein zweitbestes Ergebnis sogar. Also von schlecht würde ich gar nicht reden wollen. Im Gegenteil, es spornt mich an, es motiviert mich. Ich finde sogar, für einen ostdeutschen Parteivorsitzenden ist es ein sensationelles Ergebnis in diesem Punkt.

Finthammer: Dennoch muss es doch Motive gegeben haben für Wählerinnen und Wähler, für Delegierte, Ihnen diesmal weniger zuzutrauen als beim letzten Mal. Was haben Sie da für ein Gespür?

Chrupalla: Also vom Gespür her sicherlich gibt es immer einige Punkte, die ich natürlich auch innerhalb der Partei mal angesprochen habe, die vielleicht nicht für alle intern auch bequem gewesen sein mögen. Das kommt durchaus vor. Das ist auch meine Aufgabe als Parteivorsitzender. Deswegen sage ich Ihnen ganz ehrlich, also wenn es 100 Prozent geworden wären, hätte ich mir eher Gedanken gemacht.

Finthammer: Im Vorfeld wurden ja immer zwei Themen genannt für mögliche Einbußen: Ihre Haltung zu Russland und die Aufarbeitung der Vetternwirtschaft. Gerade bei letzterem ist ja eigentlich relativ wenig passiert nach der Aufregung im Frühjahr. Und Ihre öffentlichen Äußerungen von einem Störgefühl, die kamen ja in der Partei gar nicht so gut an. Ist der Vorwurf der Vetternwirtschaft und der Überkreuzbeschäftigung inzwischen hinreichend aufgeklärt in Ihren Augen?

Chrupalla: Also das müssen natürlich hauptsächlich die Landesverbände fragen, um die es geht. Wenn Sie jetzt zum Beispiel Sachsen-Anhalt nehmen. Und da wurde ja eine Kommission eingerichtet, die auch ihre Arbeit gemacht hat oder beziehungsweise auch immer noch macht. Es gab auch Veränderungen, was zum Beispiel auch Anstellungsverhältnisse angeht, die ich auch kritisiert habe nach innen. Also es gab ja Reaktionen darauf. Und nochmal, jede Anstellung, die mir bislang bekannt ist, ist nicht illegal. Sie ist vom Abgeordnetengesetz gedeckt. Und darauf kommt es auch an. Sicherlich gab es einiges, wo ich auch wirklich gesagt habe, das war ein Geschmäckle. Aber nochmal, das ist behoben worden.

Finthammer: Ihnen wurde ja auch der Vorwurf gemacht, weil Sie die Ehefrau des sächsischen Landtagsabgeordneten Roberto Kuhnert in Ihrem Büro beschäftigen.

Chrupalla: Das ist erstens vom Gesetz gedeckt. Zweitens war genau die Ehefrau schon vorher, bevor Herr Kuhnert ins sächsische Parlament eingezogen ist, bei mir beschäftigt. Herr Wadephul hat übrigens auch eine Ehefrau eines Abgeordneten eingestellt. Also da gibt es überhaupt keinen Widerspruch.

Finthammer: Der zweite Kritikpunkt, der immer wieder genannt wurde und auch nach wie vor im Raum steht, ist ja wirklich Ihre Haltung zu Russland. Die würde ich wirklich auch gerne mal ein bisschen nachvollziehen. „Im Kleinen würde kaum jemand so handeln“, schreiben Sie in Ihrem in dieser Woche erschienenen Buch „Handwerk, Meister, Politik“ auf Seite 189 und fügen dann eine in meinen Augen tatsächlich interessante Erklärung an. Ich zitiere. „Der Nachbar ist stinksauer, reißt mir den Zaun ein und steht in meinem Garten. Selbst dann erschlage ich ihn nicht

augenblicklich mit der Gartenschaufel, sondern versuche herauszufinden, was ich ihm seiner Meinung nach getan hätte. Auch im Großen geht es eigentlich nicht anders.“ Zitat Ende. Jetzt mal davon abgesehen, dass der unmittelbare Totschlag gewiss keine Antwort wäre, lese ich aber daraus, dass Sie doch schnell sich der Macht des Stärkeren fügen, Herr Chrupalla. Weil nichts anderes erklären Sie in diesem Zusammenhang.

Chrupalla: Also vielleicht mal einleitend zur Russlandpolitik allgemein. Ich denke, wir sind die einzige Fraktion und auch Partei im Deutschen Bundestag, die dort eine andere Haltung hat als alle anderen Parteien. Und wir setzen auf Diplomatie und ich stehe nicht an der Seite Russlands. Auch um das mal klarzustellen. Ich stehe immer an der Seite der deutschen Bürger, des Souveräns, des deutschen Staates. Und wir müssen uns einfach gewährmachen, was passiert, wenn wir weiter in diese Eskalation Waffen liefern, weiter Geld investieren? Vor allen Dingen Unsummen an Milliarden mittlerweile. Und ich mache mir einfach, und ich denke, das ist berechtigt, riesige Sorgen. Ich habe riesige Befürchtungen, dass Deutschland in diesem Krieg immer weiter verwickelt wird und immer weiter hineingezogen wird. Das ist der Grund, warum ich diese politische Haltung habe. Und sie hat uns ja in den Wahlumfragen Recht gegeben, wir sind die stärkste Partei Deutschlands, auch mit dieser Positionierung.

Finthammer: Aber Ihre Interessen scheinen ja in dem von mir zitierten Beispiel keine Rolle zu spielen. Es geht um die Interessen des Nachbarn, also Russland. Und Sie nehmen das ja wirklich in Ihrem Buch, das ja jetzt jeder nachlesen kann, vollmundig als Beispiel dafür, wie Ihre Haltung in dieser Situation wäre. Also da sehe ich doch irgendwie auch einen gelernten Anpassungsdruck, sich dem Recht des Stärkeren zu fügen.

Chrupalla: Das ist kein Anpassungsdruck, Herr Finthammer, aber man sollte immer das Gegenüber, auch die Interessen dessen, berücksichtigen bevor man in einen Konflikt, in einen Krieg zieht. Und Sie haben es ja richtig gesagt, was nutzt uns das als Rache, sofort denjenigen erschlagen zu wollen? Also wollen wir uns wirklich in diese kriegserische Auseinandersetzung hineinziehen lassen? Denn wir stehen nicht mit Russland im Krieg, Russland ist auch nicht unser Feind. Ich habe keine Kriegserklärung der Bundesregierung gehört, dass wir mit Russland im Krieg stehen, sondern die Ukraine. Und das ist ein großer Unterschied. Die Ukraine, das wissen Sie, ist weder NATO-Mitglied, noch ist sie in der EU. Also wir haben theoretisch nicht mal Verpflichtungen ihr gegenüber durch irgendwelche Bündnisverpflichtungen, die wir mit anderen Ländern hätten.

Finthammer: Heißt nämlich im Umkehrschluss, Sie halten wenig vom Freiheitswillen der Ukrainer, die eben nicht unter einem Putin-Regime leben wollen und sich gegen diesen Angriff verteidigen. Und die die NATO in dieser Hinsicht an ihrer Seite wissen, weil auch sie natürlich nach dem Fall der Mauer ihre eigene nationale Souveränität erkämpft und sich erarbeitet haben. Und die wollen sie verteidigt wissen.

Chrupalla: Dass sie ihr Territorium verteidigen wollen, das steht außer Frage. Und das soll auch die Ukraine. Und ich habe auch niemals, und auch wir als Fraktion haben niemals diesen Einmarsch Russlands legitimiert. Es ist völkerrechtswidrig, das haben wir immer klar gesagt. Die Frage ist, wie gehen wir weiter damit um? Was ist die Konsequenz daraus? Wollen wir weiter in diesen Krieg Waffen schicken, der mittlerweile im vierten Jahr ist und der keine Lösung herbeibringt? Sondern wir wollen Deeskalation. Kommt eine Friedensinitiative überhaupt aus dem europäischen Raum, aus dem deutschen Raum? Da nehme ich überhaupt nichts wahr. Es muss doch Aufgabe einer deutschen Regierung sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Und außerdem, nochmal, hatte dieser Krieg auch eine Vorgeschichte. Die begann leider schon 2013, 2014 mit Nicht-Einhaltung der Minsk-Verträge, mit der weiteren Osterweiterung der NATO, mit Provokationen, die von beiden Seiten ausgehen. Es ist nicht bloß eine Seite an diesem Krieg schuld.

Finthammer: Dennoch fand die Eskalation im Wesentlichen aufgrund russischer Interventionen statt. Eben auch die Krim und alles andere, was danach gefolgt ist. Das lässt sich ja nicht bestreiten. Auch wenn es Schwierigkeiten mit den Verträgen gab, das würde auch niemand bestreiten wollen. Sie haben in dieser Woche in einem Interview Verteidigungsminister Boris Pistorius als Kriegsminister bezeichnet und dem Bundeskanzler nach der Regierungserklärung einen Rüstungsrausch vorgeworfen. Wie kommen Sie dazu, wenn die NATO sich gerade insgesamt als Staatenbündnis dazu verpflichtet hat, die Ukraine weiterhin militärisch zu unterstützen, ohne als Aggressor aufzutreten?

Chrupalla: Es ist ganz klar, und das haben wir immer unterstützt, dass wir verteidigungsfähig sein wollen und sollen. Dass die Bundeswehr wieder aufgerüstet werden muss als Verteidigungsarmee, genauso natürlich auch wie die NATO. Herr Pistorius möchte uns allerdings kriegstüchtig machen. Und wer sich kriegstüchtig machen will, möchte in einen Krieg ziehen. Und diese Äußerung auch zum Beispiel von Herrn Merz vom Fight Tonight gegenüber Russland oder von Bundeswehrgenerälen, da muss ich wirklich sagen, diese Kriegslüsterheit, auch dieser Rüstungsrausch, und übrigens Rüstungsrausch ist ein Zitat des Fokus, was ich aufgegriffen habe, aber schön, dass Sie das nochmal mit erwähnen, weil ich das passend fand, wie mittlerweile Milliarden in die Rüstung investiert werden. Hier mal

ein Beispiel: Wir investieren aktuell in den Rüstungsetat in diesem Jahr 82 Milliarden Euro. Im Jahr 2029 sollen es schon 168 Milliarden sein, also mehr als Verdopplung.

Finthammer: Aber Sie kennen auch die Kehrseite der Medaille, eben der Rückzug der Amerikaner aus der Verteidigung Europas. Und die große Frage, denn Europa hat sich lange genug auf die USA verlassen, die große Frage ist: Ist Europa dazu in der Lage, sich allein und mit eigenen Mitteln zu verteidigen? Das ist etwas, was sich wahrscheinlich niemand in diesem Land wirklich gewünscht hätte, aber eine Realität, dem sich dieses Land stellen muss. Und das führt natürlich zu der Konsequenz, dass man die eigene Verteidigungsfähigkeit stärken muss, die ja über Jahrzehnte lange genug vernachlässigt wurde, weil wir auch nach der Wende unmittelbar der Meinung waren, wir bräuchten das eigentlich alles nicht mehr.

Chrupalla: Ja, wir bräuchten es nicht, wenn man sich endlich auf Augenhöhe diplomatisch an einen Tisch setzen würde. Das wäre schon mal Punkt eins. Da könnte man zumindest versuchen, diesen Rüstungsrausch in der Tat zu beenden. Aber nochmal vielleicht zurück zu dem Krieg, weil Sie das gerade angesprochen haben. Diesen Krieg haben die Amerikaner unter Joe Biden begonnen. Die waren die Haupttreiber, die mit dafür verantwortlich waren. Das hat selbst Donald Trump immer wieder bestätigt. Und die Regierung Trump hat sich aus diesem Krieg verabschiedet. Sie sagt, Europa, wenn ihr den Krieg weiterführen wollt, sind seine Worte, dann müsst ihr ihn auch selbst finanzieren. Und nichts anderes passiert. Und die Frage ist, wollen wir das? Können wir das? Können wir uns das leisten? Und vor allem, können wir und glauben wir, eine Atommacht zu besiegen? Und ich sage: Nein.

Finthammer: Ja, aber was wäre in Ihren Augen die Alternative? Es kann ja auch nicht die Alternative sein, dass man sich jetzt still und heimlich den russischen Bedürfnissen fügt, Gebietsabtretungen für die Ukraine vereinbart und das Land in einem Zustand zurücklässt, den der russische Aggressor weiterhin effektiv für sich nutzen möchte.

Chrupalla: Was wäre denn ihre Alternative? Muss ich mal umgekehrt fragen. Wollen wir denn die Gebiete, die bereits erobert sind von den Russen, zurückerobern? Wollen wir in diese Auseinandersetzung gehen? Wollen wir vor allem deutsche Soldaten schicken? Wissen Sie, ich bin deutscher Politiker und verantworte die deutsche Sichtweise und die deutsche Nation. Das ist meine Aufgabe, und ich muss dafür sorgen und möchte dafür sorgen, dass wir aus diesem Krieg so weit wie möglich herausgehalten werden.

Finthammer: Ist das nicht ein ziemlich unsolidarisches Verhalten für alle Osteuropäischen Staaten, die sich auch nach dem Fall der Mauer ihre Freiheit erkämpft haben? Denn wir wüssten ja genau, als nächstes könnten die Balten dran

sein. Auch in Polen gibt es große Bedenken, dass Russland in der Situation nicht aufhören könnte. Und da sagen Sie wirklich hier eiskalt, da halten wir uns raus, das geht uns alles nichts an?

Chrupalla: Wissen Sie, ich glaube nichts von dieser Propaganda, dass die Russen als nächstes dann Polen nehmen würden. Auch Angriffe auf Deutschland werden mittlerweile propagiert. Das ist für mich wirklich Propaganda. Wie kommen wir eigentlich da aus dieser Nummer heraus? Das ist doch die Frage, die wir uns stellen müssen. Und die Frage heißt, wir müssen uns an einen Tisch setzen mit Wladimir Putin, mit dem Präsidenten. Und das ist die Aufgabe eines Bundeskanzlers Merz. Das hat ja selbst Olaf Scholz noch hinbekommen. Dass er zumindest mal den Telefonhörer in die Hand genommen hat. Oder auch Angela Merkel hat es zumindest in ihrer Amtszeit sehr gut hinbekommen. Also es muss doch darum gehen, am Ende um einen Kompromiss, egal wie der aussehen mag. Und ja, der wird für beide Seiten schmerzhaft sein. Am Ende wird es einen Kompromiss geben müssen. Aber wir müssen doch aus dieser wahnsinnigen Schieflage herauskommen dieses Rüstungswahns und dieser Spirale der Gewalt. Glauben wir denn wirklich, wenn wir mit deutscher Unterstützung, mit europäischer Unterstützung weitreichende Waffen, die bis tief ins Kernland Russlands zielen können, um dort Zivilisten zu töten, dass die Antwort geringer ausfallen wird? Dass Wladimir Putin sagt, ich höre jetzt auf. Die Antwort könnte noch drastischer aussehen. Gerade weil Russland eine Atommacht ist.

Finthammer: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk heute mit dem Co-Parteivorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla. Herr Chrupalla, wir müssen nochmal zurück zum vergangenen Parteitag und zur Doppelspitze. Ganz nüchtern betrachtet müssen Sie persönlich ja davon ausgehen, zum vierten und zum letzten Mal an die Parteispitze gewählt worden sein. Denn bereits im kommenden Jahr sollen ja die Grundlagen für eine Einerspitze gelegt werden. Und da gilt mit klarem Fokus auf die Bundestagswahl ja Alice Weidel als die derzeit unumstrittene Kandidatin, die in 2029 antreten soll. Schauen Sie vor diesem Hintergrund schon auf eine Restlaufzeit von maximal zwei Jahren an der Parteispitze oder wollen Sie persönlich noch mehr?

Chrupalla: Also erst einmal: Die Grundlage einer Einerspitze, die ist schon gegeben. Und auch bei diesem Parteitag jetzt in Erfurt wurde abgestimmt unter den Delegierten. Was wollte ja eine Einerspitze oder eine Zweierspitze, und es gab keine Gegenstimme für eine Einerspitze. Also es wollte niemand eine Einerspitze. Und das, was in zwei Jahren ist, Herr Finthammer, das wissen wir alle nicht. Also in zwei Jahren, wer weiß, ob Sie noch hier beim Sender sind, das können Sie auch noch nicht sicher sagen. Also von daher, in der Politik sind zwei Jahre so elendig viel lange Zeit. Ich habe viel vor die nächsten zwei Jahre. Wir haben viele wichtige anstehende

Wahlen. Darauf konzentriere ich mich. Und wir wollen natürlich auch diese Regierung weiter in die Mangel nehmen. Das ist als Opposition unsere Aufgabe hier im Deutschen Bundestag.

Finthammer: Ihr Name fällt auch immer wieder mal in der Diskussion um einen möglichen Ministerpräsidenten für Sachsen. Sehen Sie sich da selbst im Spiel?

Chrupalla: Sachsen wählt 2029. Auch das ist nicht der Zeitpunkt, darüber jetzt zu diskutieren. Ich bin erst einmal hier in Berlin. Ich bin für Berlin gewählt worden von meinen Wählern mit einem Direktmandat, was wesentlich besser, auch ein besseres Ergebnis zum Beispiel hatte als zum Beispiel Friedrich Merz mit fast 50 Prozent. Also ich habe eine Unterstützung aus Sachsen, aus meinem Wahlkreis, was ich auch erfüllen möchte. Und das ist meine Aufgabe hier.

Finthammer: Was mir aber auch auffiel auf dem Parteitag, im neuen Bundesvorstand haben Sie fortan weniger Verbündete. Die von Ihnen unterstützten Kandidaten haben es ja allesamt nicht mehr geschafft. Und von den Neuen stehen viele näher an Alice Weidel oder auch bei Björn Höcke. Haben Sie überhaupt noch eine verlässliche Hausmacht im Bundesvorstand?

Chrupalla: Wissen Sie, ich kenne alle Personen und auch alle Politiker im Bundesvorstand schon teilweise seit Jahren. Und ich habe auch zu allen gute Kontakte. Und deswegen bin ich mir da ziemlich sicher, dass ich auch mit diesen gut zusammenarbeiten kann. Also von daher ist jetzt kein Kandidat dabei, wo ich gesagt habe, den hätte ich jetzt nicht im Bundesvorstand gewollt oder den mag ich nicht. Mit denen muss ich jetzt zusammenarbeiten und werde ich auch zusammenarbeiten. Darauf freue ich mich. Ist auch natürlich eine Herausforderung mit den vielen jungen Kollegen, die es jetzt in der Tat gibt. Auch das ist ja im Prinzip ein Generationenwechsel, der irgendwann sowieso eingeleitet werden muss. Aber ich fühle mich noch nicht in dem Alter, dass ich zur Generationenauswechslung gehöre.

Finthammer: Was würden Sie denn persönlich als die wichtigsten Marksteine in den bisher sieben Jahren an der Parteispitze für sich bezeichnen? Wo haben Sie die Richtung der Partei maßgeblich mitbestimmen können?

Chrupalla: Also ich bin ja nun 2019 nach Alexander Gauland in dieses Amt gekommen. Und allein die Professionalisierung unserer Partei, auch der Gremienarbeit, auch der Stärkung der Landesverbände, die Hierarchien, die mittlerweile von den Landesverbänden ausgeht, die eingehalten werden, haben auch zu diesen Wahlergebnissen und vor allem zu diesem Vertrauen der Bevölkerung geführt. Weniger Streit in der Öffentlichkeit. Und ja, wir diskutieren, ja, und auch streiten im Inneren, da gehört es auch hin. Und das war immer meine Prämisse,

darauf Wert zu legen, den Austausch mit den Landesvorsitzenden vor allen Dingen weiter auszubauen, aber auch die Programmarbeit und die Bundesprogrammkommission, also diese Gremien auch verlässlich mit zu bedienen.

Finthammer: Ich schildere Ihnen mal meine Wahrnehmung und Ihr Buch bestätigt das in meinen Augen, glaube ich, auch. Der stets freundliche Tino Chrupalla, der von Alexander Gauland ins Amt geschoben wurde, weil man für die Doppelspitze noch jemanden brauchte, der sich aber fortwährend den innerparteilichen Ränkespielen fügt, ohne jemals eine eigene Hausmacht zu haben und der auch noch nicht einmal den Anspruch erhebt, die Partei wirklich lenken zu wollen, denn das machen andere.

Chrupalla: Ja, aber Sie sehen, ich bin der dienstälteste Parteivorsitzende Deutschlands, nicht bloß der AfD. Und ich meine, das muss ja einen Grund haben, wie man das überhaupt schafft. Also in der Zeit, wie ich Parteivorsitzender war, hat die CDU vier Vorsitzende verbraucht und die SPD auch vier. Also ich denke mal, allein das spricht für mich, um jetzt mal für mich ein bisschen Werbung zu machen. Und das hat ja auch gezeigt, wo wir mittlerweile in Umfragen sind. Als ich mit Alice Weidel die Doppelspitze übernommen habe, lagen wir bei 19 Prozent. Wir liegen jetzt bei 27, 28, 29. Allein das ist mehr Erfolg. Mehr brauche ich eigentlich überhaupt nicht sagen.

Finthammer: Aber Sie sind doch immer ein unbeschriebenes Blatt gewesen, wenn es um die Inhalte geht. Zum Beispiel haben Sie sich auch nie distanziert von den vorhandenen rechtsextremen Bestrebungen der Partei, etwa auch von Remigrationsplänen. Davon haben Sie sich nie wirklich distanziert und grundsätzlich in eine andere Richtung gedrängt. Daran ist aber schlussendlich Ihr Vorgänger Jörg Meuthen dann auch noch gescheitert. Der hatte das ja noch in Teilen versucht. Aber von Ihnen gab es diese Versuche in keinerlei Hinsicht.

Chrupalla: Also erstmal muss ich Ihnen wirklich widersprechen, dass ich inhaltlich nicht dazu beigetragen habe. Ich habe Ihnen ja gerade das Beispiel, die Friedenspolitik, genannt, auch die sozialen Punkte. Auch vor allen Dingen den Lobbyanspruch, den ich auch habe, dem Mittelstand und dem Handwerk hier eine Sprache und auch eine Rede zu geben. Das ist meine Aufgabe, auch die Unterstützung dahingehend für diese Bereiche zu geben. Also da muss ich Ihnen klar widersprechen. Und nochmal, wenn ich die Gremienarbeit sehe, wo ich ja mit aktiv bin und auch die Themen, die Sie jetzt gerade angesprochen haben, was Rückführung von illegalen Migranten ist, was wir klar auch in unserem Programm mit der Remigration verbinden, was wir vor allen Dingen darunter verstehen, ist auch von mir immer mit unterstützt worden. Also da gibt es überhaupt keinen Widerspruch. Warum sollte ich mich jetzt von unserem Programm distanzieren?

Finthammer: Was verstehen Sie denn darunter?

Chrupalla: Ich habe immer gesagt... so wie es auch auf unserer Webseite steht, heißt, verstehe ich unter Remigration, dass diejenigen, die natürlich in diesem Land sind, das sind 250.000, die illegal hierhergekommen sind, die hier keinen ordentlichen Asylantrag bekommen haben, beziehungsweise die auch keine Duldung mehr haben, die abschiefebeflichtigt sind, müssen remigriert werden. Die Menschen müssen gehen. Das heißt nicht, dass deutsche Staatsbürger gehen müssen. Das ist der große Unterschied. Die, die eine deutsche Staatsbürgerschaft hier haben, sollen und dürfen natürlich bleiben. Das sind wertvolle Menschen, die sich hier integriert haben. Und diese Integrationsarbeit wird dadurch gewürdigt, dass genau diejenigen, die hier nicht hergehören, die straffällig geworden sind oder die bei der Doppelstaatsangehörigkeit getrickst haben, dass die ausgewiesen gehören.

Finthammer: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk heute mit dem Co-Vorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla. Herr Chrupalla, ein anderes Thema, die große Frage nach der Pressefreiheit. Am vergangenen Mittwoch gab es eine von der AfD beantragte Aktuelle Stunde zu den tätlichen Angriffen linker Demonstranten auf rechte Journalisten und Blogger in Erfurt. Es steht außer Frage, dass solche Angriffe zu verurteilen sind und nicht zu tolerieren sind. Aber der Vorwurf Ihrer Partei, die Medien hätten nicht darüber berichtet, ist kaum haltbar. Wir hatten zum Beispiel selbst einen Korrespondenten in Erfurt, der das ganze Wochenende ausführlich über das Geschehen draußen und auch die Arroganz der Linksextremen berichtet hat. Was mich aber irritiert, ist die Doppelmoral Ihrer Partei, wenn es um die Meinungsfreiheit geht. Ein Beispiel: Der Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner hat nach dem ZDF-Interview von Alice Weidel gepostet, Dunja Hayali versucht, ihre linksgrüne Mehrheit durchzusetzen und jeden Politiker, der nicht linksgrün ist, negativ zu framen. Und solche Leute gibt es im Rundfunk dutzendfach. Wenn wir als AfD regieren, wird der Rundfunkbeitrag abgeschafft und Hayali und Co. fliegen raus aus der Zwangsfinanzierung. Ist das Ihr Verständnis von Meinungsfreiheit, kritische und unliebsame Journalisten mundtot zu machen?

Chrupalla: Ja, das ist jetzt die persönliche Meinung von Herrn Goßner. Das ist schon mal Punkt eins. Ich sehe, das gehört auch zur Meinungsfreiheit, was er gepostet hat. Also wenn wir über Meinungsfreiheit reden, muss auch so ein Kommentar, und der ist erlaubt, ist auch von der Meinungsfreiheit voll und ganz gedeckt. Und ja, wir wollen den Rundfunkbeitrag in der jetzigen Form, wie er ist, abschaffen, diesen Zwangsbeitrag. Und ja, wir wünschen uns auch wesentlich mehr Neutralität des Rundfunks und auch mehr Ausgewogenheit, so wie es im Rundfunkstaatsvertrag verankert ist. Und wir sehen es ja, dass es eben nicht gewährleistet wird. Da gibt es etliche Statistiken, wie oft die AfD als stärkste

Opposition eingeladen wird, wie oft sie Rederecht bekommt. Also das sind alles Dinge, die man auch nachprüfen kann und die natürlich auch zur Kontrolle gehören.

Finthammer: Ich habe noch ein Beispiel. Im Wahlprogramm von Sachsen-Anhalt heißt es wörtlich, Medien müssen wieder das ganze Meinungsspektrum abbilden. Nicht nur, was gerade in Redaktionssitzungen dem eigenen Wunschbild entspricht. Und darauf folgt sogleich, eben dem freien Radio CORAX den Geldhahn zudrehen, Rundfunkstaatsverträge kündigen und auch die Medienlandschaft reformieren, verschlanken und kontrollieren. Da soll doch eine Medienlandschaft in Ihren Augen gefügig gemacht werden, anstatt die Meinungsfreiheit zu fördern.

Chrupalla: Nein, Kontrolle gehört dazu. Das gehört zum parlamentarischen Kontrollbereich im Übrigen dazu. Nur muss man ja mal fragen, wer kontrolliert denn den Rundfunkmedienrat oder beziehungsweise wer ist denn dort Mitglied? Die AfD darf dort nicht Mitglied sein als stärkste Opposition. Sie gehört dort rein. Zur Kontrolle gehört auch, dass die Opposition mit hineingehört. Also da sind wir uns, denke ich mal, einig, dass Kontrolle mit dazu gehört. Und nochmal, ich habe ja auf den Rundfunkstaatsvertrag verwiesen. Wir wünschen uns mehr Ausgewogenheit, und ich glaube auch die Diskussion wird es bei ARD, zumindest bei den ARD-Funkhäusern, die gibt es ja auch schon lange, was kann man einsparen an diesen Häusern? Hier kann man Einsparungen durchführen. Es braucht weniger Funkhäuser. Man kann einige Senderanstalten zusammenschließen, auch was das Personal angeht, was Berichterstattungen teilweise angeht. Da braucht man keine Doppelübertragungen von ARD und ZDF, teilweise wirklich spiegelgleich. Das sind alles Dinge, die man anfassen muss. Und diese Reform sollte die ARD schnellstmöglich selbst mal beginnen, um auch dem Vorwurf selbst entgegenzutreten. Denn die Bürger werden sich das nicht mehr lange bieten lassen.

Finthammer: Ihre Partei hat ja derzeit unbestreitbar in allen Umfragen einen guten Lauf. Zugleich hat sich das Bündnis Sarah Wagenknecht indirekt angeboten, Ihnen zur Macht zu verhelfen, wenn es beispielsweise in Sachsen-Anhalt nicht für die absolute Mehrheit reichen sollte. Kommt Ihnen sowas entgegen? Würden Sie dem Bündnis Sarah Wagenknecht die Hand reichen?

Chrupalla: Also ich bin derjenige, der immer und allen die Hand reicht. Also da geht es mir nicht um das Bündnis Sarah Wagenknecht. Wer mit uns reden möchte, und ich denke, das ist auch Aufgabe von Demokraten, dass man das zulässt und auch natürlich auch fordert, mit denen reden wir, mit denen setzen wir uns an den Tisch. Aber wir warten jetzt erstmal die Landtagswahl auch in Sachsen-Anhalt ab. Wie am Ende das Ergebnis aussieht, ob das BSW überhaupt in den Landtag einzieht, ob die SPD einzieht, wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen. Am Ende muss sich auch das

BSW erstmal selbst ehrlich machen. Also da redet zum Beispiel das BSW in Mecklenburg-Vorpommern anders als zum Beispiel das BSW in Thüringen. Frau Mohamed Ali erzählt teilweise was anderes als Frau Wagenknecht. Also ich sehe da noch überhaupt keine Einheitlichkeit. Und ich hätte mir gewünscht, bevor man überhaupt so einen Brief auch in die Öffentlichkeit wohlgemerkt gibt, dass man das vielleicht erstmal intern an die AfD-Vorsitzenden schickt und vielleicht ein Gespräch führt, bevor man das über die Öffentlichkeit macht. Wir hoffen, dass wir keinen Koalitionspartner, und das ist unser Ziel in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen-Anhalt, brauchen, sondern dass wir dort die absolute Mehrheit gewinnen.

Finthammer: Und vorher würden Sie lieber die Brandmauer zur Union einreißen?

Chrupalla: Wir haben die Brandmauer nicht gebaut. Und der Baumeister ist Friedrich Merz gewesen mit der Brandmauer. Er wird jetzt dahinter selbst sprichwörtlich gegrillt. Sie merken, dass gerade im Osten immer mehr CDUler diese Brandmauer für falsch halten, ja für desaströs. Ich habe das selbst immer gesagt, damit halbiert sich die CDU selbst. Das habe ich vor einigen Jahren schon gesagt. Auch da hatte ich im Übrigen recht, weil Sie von politischen Erfolgen gesprochen haben vorab. Also das muss schon die CDU selbst bewältigen. Wir können in Ruhe abwarten. Wenn die CDU so weitermacht, es wird der Tag kommen, wo die CDU auf uns zukommen muss.

Finthammer: In der Tat, Sie haben es erwähnt, in den ostdeutschen Landesverbänden, gerade in Brandenburg, gab es schon einige Impulse, die Brandmauer einzureisen. Der parlamentarische Geschäftsführer Steffen Bilger hält das noch für eine klare Minderheitsmeinung. Aber es gibt natürlich diese Diskussion. Ist da der mögliche Impuls der Landtagswahlen, wo die AfD ja darauf hofft, dass etwa die ostdeutschen Landesverbände in der Union dann kippen und Bündnisse mit Ihnen eingehen wollen ein starker bei ihnen? Das hört man aus ihrer Partei heraus, dass man durchaus darauf setzt wenn Sachsen-Anhalt gut gehen sollte, vielleicht auch Mecklenburg-Vorpommern gut gehen sollte, dass es dann in der ostdeutschen CDU ein Rumoren gibt?

Chrupalla: Das Rumoren gibt es ja jetzt schon. Was ich wahrnehme, und ich rede ja nun auch mit CDU-Abgeordneten, auch in Ostdeutschland, auch mit Landtagsabgeordneten. Am Ende muss die CDU sich ja selbst ehrlich machen. Denn sie muss wissen und sich selbst überlegen, was kann sie denn eigentlich noch, vor allen Dingen mit welchen Parteien umsetzen? Jetzt lassen sie in Sachsen-Anhalt die SPD aus dem Landtag fallen oder die SPD ist mittlerweile mit fünf Prozent so schwach aufgestellt. Mit wem will sie denn eigentlich noch konservative Politik und vor allen Dingen auch im Interesse Deutschlands Politik machen? Mit den Linken, mit

den Grünen? Wer soll das dann eigentlich sein? Also, am Ende muss die CDU das ihren Wählern erklären, wie sie und was sie unter der Brandmauer versteht. Wenn sie diese Position überhaupt noch halbwegs umsetzen wollen, müssen sie und werden sie mit uns reden müssen. Und nochmal, wir stehen bereit, keine Frage, aber nicht um jeden Preis. Das sage ich auch ganz ehrlich. Also da muss sich auch in der CDU sehr viel ändern, bevor wir überhaupt diesen Schritt gehen würden.

Finthammer: Und Sie fürchten jetzt nicht, dass der neue Reformeifer der Koalition Ihnen am Ende doch noch ein paar Stimmen wieder abtrünnig macht? Denn das, was als Herbst der Reformen versprochen wurde, tritt ja nun in diesem Herbst dann doch in einem größeren Umfang ein.

Chrupalla: Das habe ich heute auch schon in meiner Bundestagsrede gesagt. Wir haben von dem Herbst der Reformen gesprochen. Wir haben dann vom Frühjahr der Reformen gesprochen. Jetzt reden wir vom Sommer der Reformen. Bislang sind keine Reformen in der Bevölkerung angekommen und auch nicht in der Wirtschaft, die so tiefgreifend sind, dass die Bevölkerung sagt, es hat sich wirklich was zum Positiven geändert. Im Gegenteil, es geht um höhere Beiträge, es geht um höhere Energiekosten, da hat sich überhaupt nichts geändert. Es sind keine Reformen, wo man wirklich sagt, dass wir das Land wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Es sind Reförmchen, überall kleine Stellschraubchen, aber der große Wurf ist nicht zu sehen in diesem Land.

Finthammer: Herr Chrupalla, dann danke ich Ihnen an dieser Stelle für das Gespräch.

Chrupalla: Sehr gern.